



MEIN INFOBRIEF

Für Sie ausgesuchte Informationen und Themen

Dr. Dieter-L. Koch, Mitglied des Europäischen Parlaments

Infobrief Nr. 01/ 2017 vom 09.01.2017, 16. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,
wir haben es geschafft, das neue Jahr hat seine Tore weit aufgestoßen und
ich beginne meinen Infobrief mit der Nr. 1 im bereits 16. Jahrgang.*

Ich wünsche Ihnen ein gesundes und erfolgreiches 2017! Ihr Dr. Dieter-L. Koch

„Clean Energy Package“ im EU-Parlament diskutiert

„Ich bin nicht überzeugt, dass uns starre Vorgaben weiterbringen“

Die EU-Kommission hat ihren geänderten Legislativvorschlag zur Energieunion vorgelegt. Der Ministerrat hat seine Meinung zum Gesetzespaket bereits verabschiedet.

Nun muss noch das EU-Parlament zum sogenannten „Clean Energy Package“ Stellung beziehen. Mit diesem Paket will die EU-Kommission einen europäischen Strommarkt schaffen, der sich an die zunehmend dezentralen Erzeugungsstrukturen anpasst und die verschiedenen Komponenten des Stromsystems europaweit besser integriert. Das ist ein hehres Ziel, und das jetzt vorgestellte Gesetzespaket lässt einen pragmatischen Ansatz erkennen. Allerdings bin ich noch immer nicht davon überzeugt, dass uns starre Vorgaben weiterbringen. Die EU-Kommission will 20 Prozent mehr Energieeffizienz bis zum Jahr 2020

(gegenüber 2005) erreichen. Dafür soll unter anderem die Energienachfrage in der EU um jährlich 1,5 Prozent gesenkt werden, die Wahl der Mittel wird den Mitgliedstaaten überlassen.

Hinter die 1,5 Prozent mache ich ebenfalls ein großes Fragezeichen, denn wir werden mit Sicherheit in Zukunft mehr Strom benötigen und nicht weniger.

Was ich zudem in dem Entwurf gänzlich vermisst, ist eine systematische Analyse, was die verbindlichen Einsparvorgaben und Ausbauziele für erneuerbare Energien auf den Preis der Emissionszertifikate bedeuten könnte. Mir schwant nichts Gutes.

Ich sehe es schon kommen, dass wir später wieder in den Markt des Emissionshandels eingreifen, Zertifikate vom Markt nehmen und dadurch die Unternehmen verunsichern. Diesen Fehler sollten wir nicht zweimal begehen!

EVZ-Broschüre

Download: „Das ist Schlichtung“

Neue EVZ-Broschüre erklärt Möglichkeiten zur Streit-schlichtung: Wenn die online in einem anderen EU-Staat bestellten Waren nicht geliefert werden oder Mängel haben, fürchten sich viele Verbraucher vor schwierigen Rechtsstreitigkeiten.

Um solche zu vermeiden, hat die EU in allen Mitgliedstaaten Kontaktstellen für die Online-Streitbeilegung eingerichtet.

Über diese sollen Verbraucher und Unternehmen in einem Schlichtungsverfahren gemeinsam versuchen, ihre Streitigkeit gütlich zu lösen. Wie das Verfahren funktioniert, wird in der neuen kostenlosen Broschüre „Das ist Schlichtung“ der deutschen Kontaktstelle beim Europäischen Verbraucherzentrum (EVZ) Deutschland erklärt. Download: http://www.evz.de/fileadmin/user_upload/eu-verbraucher/ODR_Kontaktstelle/broschuere_schlichtung_akt16.pdf

Aus dem Europäischen Parlament

Neue Anti-Dumping-Regeln auf ihrem Weg/ In der Zwischenzeit vorläufige Schutzmaßnahmen Regeln zur Verhängung von Strafzöllen werden geändert

Das Europaparlament hat sich mit den Mitgliedstaaten auf neue Schutzinstrumente für die europäische Industrie gegen Billigimporte aus China geeinigt.

Damit werden die Anti-Dumping-Regeln erstmals seit 1995 überarbeitet. Nötig geworden waren die Verhandlungen, weil die bislang geltenden Schutzmaßnahmen gegen Billigimporte aus China Mitte Dezember ausgelaufen waren. Zum Glück war für die Verabschiedung der Vorschläge im Rat „nur“ eine qualifizierte Mehrheit nötig, denn sonst wären wir vermutlich keinen Schritt weitergekommen. Italien gehen die neuen Regeln nicht weit genug, einige nordische Länder – und allen voran Großbritannien – sehen dagegen zu große Einschränkungen des Freihandels. Bis die neuen Vorschriften verabschiedet werden, gelten vorläufige Maßnahmen, um die europäischen Unterneh-

men zu schützen. Die EU-Kommission hat beispielsweise erst kürzlich die Strafzölle auf weitere Stahl- und Eisenerzeugnisse aus China ausgeweitet. Sie betreffen jetzt auch nahtlose Rohre, auf die bei der Einfuhr bis zu 81 Prozent Steuer fällig werden.

Langfristig schlägt die Kommission vor, die Regeln für die Verhängung von Strafzöllen nicht mehr daran festzumachen, ob ein Land den Status einer Marktwirtschaft hat oder nicht, sondern nur noch, ob ein Land Preise und Herstellungskosten durch staatliche Eingriffe verzerrt. Diese Idee finde ich sehr gut, denn dann hätten wir das leidige Thema „China ist Marktwirtschaft: ja oder nein?“ endlich vom Tisch und man würde von Fall zu Fall entscheiden. Leider sind diese Vorschläge noch nicht in den jetzt gefundenen Kompromiss zu den neuen Anti-Dumping-Regeln eingeflossen.

Verschärfung der EU-Feuerwaffenrichtlinie

Ausnahmen für Sportschützen und Sammler erreicht

Die Vertreter der EU-Kommission, des Europaparlaments und des Rates haben eine Einigung über die neue Feuerwaffenrichtlinie erzielt. Diese entspricht geltendem Deutschen Recht. Sportwaffen fallen zwar in die Kategorie der (für Privatpersonen) verbotenen Waffen, allerdings sind weitgehende Ausnahmeregelungen durch die Mitgliedstaaten vorgesehen.

Die Mitgliedstaaten können aber Reservisten, Sportschützen oder Sammlern eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Ausschlaggebend für die Reform der EU-Feuerwaffenrichtlinie waren die Pariser Terroranschläge im November 2015. Nach den Attentaten legte die EU-Kommission einen Entwurf mit neuen Regelungen zur sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen, waffenrechtlichen und –technischen Definitionen, zur Erlaubniserteilung an Minderjährige sowie zu den Fernabsatzverkäufen vor. Lange Verhandlungen folgten. Es war gar nicht so einfach,

das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung mit den Interessen der Sportschützen, Jäger und anderen Beteiligten unter einen Hut zu bekommen.

Der Kommissionsvorschlag sah unter anderem vor, bestimmte halbautomatische Waffen komplett zu verbieten, einheitliche Standards bei der Deaktivierung von Militärwaffen einzuführen, und Sammlern den Zugang zu Kriegswaffen zu verwehren.

Das EU-Parlament hat jedoch eine Ausnahmeregelung für die Sportschützen durchsetzen können. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine „positive“ medizinisch-psychologische Untersuchung (wie es sie in Deutschland schon gibt). Sammler werden ebenfalls verschärfte Sicherheitsanforderungen erfüllen müssen, wenn sie eine Ausnahmegenehmigung erhalten wollen. Automatische Feuerwaffen, die zu halbautomatischen umgebaut worden, werden künftig verboten. Für bereits rechtmäßig erworbene Feuerwaffen soll Bestandsschutz gelten.

Europäisches Urheberrecht soll modernisiert werden

Um die Arbeit von Künstlern, Urhebern und Designern im Kultur- und Kreativsektor wieder lukrativ zu machen, soll das europäische Urheberrecht modernisiert werden. Einen entsprechenden Bericht hat das EU-Parlament in seiner letzten Sitzung vor Jahresende verabschiedet. Er ist ein erster Versuch, eine kohärente Politik für den großen und ständig wachsenden Teil der EU-Wirtschaft zu schaffen, der zum Großteil aus dem Kultur- und Kreativbereich besteht – von der Architektur über das künstlerische Handwerk bis hin zu Filmen, Fernsehen, Videospiele, Musik oder Büchern. Neben der wichtigen Frage des Urheberrechts beschäftigt sich der Bericht auch mit der Bekämpfung von Fälschungen in der Modebranche.

Neues Konzept für Thüringer Umweltschulen

Mit Facetten der Nachhaltigkeit beschäftigen und punkten

Das Thüringer Umweltministerium und das Thüringer Bildungsministerium haben - aufbauend auf der internationalen ECO-Schools-Initiative, die von der Foundation for Environmental Education ins Leben gerufen wurde und in Deutschland durch die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung vertreten wird - seit 1995 die Auszeichnung von „Umweltschulen in Europa/Internationale Agenda21-Schule“ durchgeführt.

Seit 2012 erfolgte die Landeskoordination durch den Naturschutzbund (NABU) Thüringen als Projektträger. Etwa 75 Schulen konnte diese Auszeichnung jedes Jahr verliehen werden. Nach 20 Jahren war es an der Zeit, das Konzept für die Thüringer Umweltschulen an die nationalen und internationalen Entwicklungen anzupassen - dabei entstand das Kooperationsprojekt „Umweltschule in Europa - Thüringer

Nachhaltigkeitsschule“, in dessen Rahmen sich die Thüringer Schulen künftig in einem zweijährigen Rhythmus intensiv mit verschiedenen Facetten einer nachhaltigen Entwicklung beschäftigen können.

Mitte Dezember unterzeichnen dazu die Thüringer Ministerinnen für Umwelt, Energie und Naturschutz, sowie Bildung, Jugend und Sport, gemeinsam mit dem Vorsitzenden des NABU Thüringen, eine Kooperationsvereinbarung, die die Eckpunkte der Zusammenarbeit regelt.

Für die Umsetzung der Projekte können die Schulen Projektmittel in Höhe von bis zu 500 € je Schuljahr erhalten.

Termine:

bis 30. April 2017 – Anmeldung mittels Anmeldeformular

15. März 2018 - Abgabe der Dokumentationsbögen

Juni 2018 - Auszeichnung der Umweltschulen 2016 – 2018

Für LEADER-Region (LEADER ist eines der Europäischen Strukturfondsprogramme)

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung - jetzt anmelden

Noch bis zum 19. Januar ist die Anmeldung zum diesjährigen Zukunftsforum möglich.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Gruppen bietet eine eigene Begleitveranstaltung am 26. Januar, 10 Uhr mit dem spannenden Titel „Vollbremsung für Bürgerprojekte – ausufernde Bürokratie lähmt ländliche Entwicklung an. Plädoyer für einen ELER-Neustart“. LEADER-Regionen leben von der Beteiligung der Bürger. Angesichts der stetig steigenden Regelungsdichte werden die bürokratischen

Hürden für viele Bürgerprojekte jedoch unüberwindbar. Die Veranstaltung will deutlich machen, dass nur ein Neuanfang mit einer angemessenen Förder- und Kontrollphilosophie und deutlich weniger Regeln die gewünschte Beteiligung ermöglicht. Nach einer satirischen Bestandsaufnahme diskutieren die Teilnehmer Kernforderungen zur Vereinfachung und entwickeln diese weiter.

Mehr unter: www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/ Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) - Anreizprogramm, um Flüchtling zu werden?

Fördermaßnahmen „500 Landinitiativen“ zur Flüchtlingsintegration

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) stärkt im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) mit einer neuen Fördermaßnahme das bürgerschaftliche Engagement für ländliche Flüchtlingsintegration. Wo bleiben eigentlich die „5000 notwendigen Landinitiativen“ für junge Menschen, die hier geboren und hier geblieben sind? Wollen wir wirklich dazu aufrufen, Flüchtling zu werden?

Ehrenamtliche Initiativen investieren in erheblichem Umfang Zeit und persönliches Engagement in die Integrationsarbeit für Geflüchtete. Oft fehlen allerdings die Sachmittel,

um wichtige Maßnahmen optimal umsetzen zu können. Auch mangelt es häufig an Geld, um externe Unterstützung zu gewinnen, die die Ehrenamtlichen entlastet und gleichzeitig die Qualität ihrer Arbeit erhöht. Die Fördermaßnahme möchte diese Finanzierungslücken durch Zuschüsse von bis zu 10 000 Euro verkleinern. Sie können beispielsweise für Anschaffungen oder die Beauftragung von Leistungen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit eingesetzt werden. Anträge können im Zeitraum vom 25. Januar bis 31. März gestellt werden.

Mehr Informationen unter: www.ble.de/500landinitiativen
Quelle: LandInForm 04/2016

Neue Verordnung soll Terroranschlägen vorbeugen

Schengener Informationssystem: Verschärfung der Fahndungskriterien

Die EU-Kommission hat Pläne vorgestellt, wie wir potenziellen Terroristen künftig schneller den Geldhahn abdrehen und ihnen früher auf die Spur kommen können.

Dazu gehört zuallererst, verdächtige Finanztransfers aufzudecken und die entsprechenden Quellen zügig auszutrocknen. Denn wenn Vermögenswerte grenzübergreifend schneller sichergestellt und eingezogen werden, können die Terroristen diese nicht zur Finanzierung weiterer Anschläge verwenden. Die neue Verordnung beinhaltet deshalb unter anderem strengere Regeln beim Transfer von Bargeld bei Reisen in und aus der EU. Verdächtige Personen dürften beispielweise auch dann überprüft werden, wenn sie weniger als die erlaubten 10 000 Euro in

die EU einführen wollen. Außerdem will die Kommission das Schengener Informationssystem (SIS) ausbauen, um den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Straftäter und potenzielle Kriminelle technisch und operativ zu verbessern.

Mit der Verschärfung der Fahndungskriterien soll sichergestellt werden, dass in Zukunft keine Daten mehr über mutmaßliche Terroristen oder irreguläre Migranten, die Europas Außengrenzen überschreiten, verloren gehen. Allerdings müssen dafür die Mitgliedstaaten besser zusammenarbeiten und die europäische Fahndungsdatenbank SIS mit aktuellen Informationen auch „füttern“. Leider haben erst jüngste Ereignisse gezeigt, dass es dort noch große Versäumnisse gibt. Wir EU-Parlamentarier und die Mitgliedsländer werden jetzt über die Vorschläge beraten.

EU-Nachrichten

Mitgliedstaaten stimmen schärferen Abgastests unter realen Fahrbedingungen zu: Die EU-Mitgliedstaaten haben das dritte Auflagenpaket für Abgastests angenommen, mit dem die Luftverschmutzung durch Prüfungen der Luftschadstoffemissionen von Fahrzeugen unter realen Fahrbedingungen verringert wird. Das dritte Paket wird die Prüfungen der Luftschadstoffemissionen auf Partikelemissionen ausweiten. In der Praxis bedeutet dies, daß alle Benzinfahrzeuge mit Direkteinspritzsystem über Benzinpfilter verfügen, um die Partikelgrenzwerte unter realen Fahrbedingungen nicht zu überschreiten. Diese gelten ab 2017 für neue Fahrzeugtypen und ab 2018 für alle neuen Fahrzeuge. Mit dem dritten Auflagenpaket werden außerdem die Überprüfungsverfahren von Luftschadstoffemissionen weiter verfeinert, um zu berücksichtigen, dass kurze Wege in der Stadt mit kaltem Motor den größten Anteil der Luftverschmutzung in Städten ausmachen.

Missbrauch von Reisedokumenten soll erschwert werden: Damit Kriminelle und Terroristen nicht unerkannt mit gefälschten Reisedokumenten in der EU unterwegs sein können, sollen die Mitgliedstaaten mehr gegen den Missbrauch von Pässen und anderen Identitätsbeweisen tun. Wie das geschehen kann, hat die EU-Kommission in einem Aktionsplan beschrieben. So könnten die EU-Länder etwa gemeinsam an den Sicherheitsstandards für die Ausstellung von Reisedokumenten und der Gestaltung von Sicherheitsmerkmalen arbeiten. Sie sollen sich zudem bes-

ser vor Diebstahl von Blankopapieren schützen und mehr Informationen über gestohlene oder für ungültig erklärte Papiere austauschen.

Reisende mit eingeschränkter Mobilität nutzen zunehmend den Service der Flughäfen Die Nachfrage nach dem Service für Reisende mit eingeschränkter Mobilität an den deutschen Flughäfen steigt und hat 2015 einen Rekordwert erreicht. Laut einer Erhebung des Flughafenverbandes ADV haben im Jahr 2015 knapp 1,5 Millionen Reisende diesen speziellen Service genutzt. Damit liegt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr bei etwa 10 Prozent. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die deutschen Flughäfen pro Tag mehr als doppelt so viele mobilitätseingeschränkte Reisende betreuen wie die Deutsche Bahn.

Neue Datenbank „EU-US trade in your town“: Die EU-Kommission hat eine Datenbank zu den Standorten von europäischen Unternehmen online gestellt, die mit den USA Handelsbeziehungen unterhalten. „EU-US trade in your town“ liefert einen Überblick über die Exportbewegungen, Warenproduktionen und Zielorte in den USA. So kann jeder Interessierte nachschauen, wo in seiner Region ein Exportunternehmen sitzt und wie viele Beschäftigte von diesen Exporten in die USA anhängen. http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/united-states/trade-in-your-town/germany_en.html. Wo bleibt eigentlich die Datenbank: „EU-Russia - trade in your town“?

★ **Ausschreibung: Europe for Festivals, Festivals for Europe (EFFE) Label 2017-2018:** Festivals jeglicher Größe aus dem Kulturbereich können sich um das EFFE Label 2017-2018 bewerben. Folgende Kriterien müssen von den Bewerbern erfüllt sein: künstlerisches Engagement und Innovation, Beteiligung der lokalen Bevölkerung, Europäische und Globale Dimension. Zusätzlich zum EFFE Label wird eine internationale Jury den EFFE Award an Festivals verleihen, die international Trends setzen. Das EFFE Label ist ein Qualitätslabel, das internationale Anerkennung für die exzellente Arbeit von Festivals bietet. Bewerbungsschluss: 17. Februar, Mehr unter: <http://www.effe.eu/news/european-festivals-association-opens-application-effe-label-2017-2018-festivals>

★ **Malta übernimmt erstmals EU-Ratspräsidentschaft:** Am 1. Januar übernahm Malta die EU-Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2017. Folgende Prioritäten sollen während der nächsten sechs Monate verfolgt werden: Migrationspolitik, Ausbau des Binnenmarktes im Bereich der Digital-, Energie- und Kapitalmarktunion, innere Sicherheit, Chancengleichheit von Mann und Frau, soziale Teilhabe von Minderheiten sowie eine nachhaltige Meerespolitik. Kulturpolitisch soll an den Ratsschlussfolgerungen zum Strategischen Ansatz für internationale kulturelle Beziehungen gearbeitet werden. Der Minister für Justiz, Kultur und Örtliche Verwaltung, Owen Bonnici, kündigte an, dass Malta während des Vorsizes zu dieser Frage ein Treffen hoher Beamter aus den Kultur- und Außenministerien organisieren werde.
Mehr: <https://www.eu2017.mt/de/Pages/Startseite.aspx>

★ **Europäischer Solidaritätskorps ist gestartet:** Mit dieser Initiative bekommst du die Möglichkeit, dich innerhalb der EU zu engagieren. Bist du zwischen 18 und 30 Jahre alt, kannst du dich für einen Freiwilligendienst, ein Praktikum oder eine (Ausbildungs-)Stelle von 2 bis 12 Monaten

in folgenden Bereichen bewerben: Bildung, Gesundheit, Soziale Integration, Unterstützung bei der Bereitstellung von Lebensmitteln, Unterbringung, Empfang, Unterstützung und Integration von Migranten und Flüchtlingen, Umweltschutz, Vermeidung von Naturkatastrophen.
Bewirb dich hier: <https://europa.eu/youth/solidarity>

★ **Neuer Blog: Europa arbeitet zusammen! Gedanken zum zurückliegenden Jahr:** Im neuesten Blog blickt die Projektleiterin für Europäische Raum- und Stadtentwicklung des BBSR, auf das vergangene Jahr und den Stand der europäischen Zusammenarbeit zurück.
Mehr: <http://blog.interreg.de/>

★ **Umfrage zu deinen Auslandserfahrungen - jetzt mitmachen:** Gemeinsam mit Wissenschaftlern aus sechs europäischen Ländern will das Projekt MOVE herausfinden, wie Auslandserfahrungen für Jugendliche verbessert werden können. Teilt eure Erfahrungen in der Umfrage und gewinnt einen 50€-Gutschein. Bist Du zwischen 18-29 Jahre alt und hast bereits Auslandserfahrung gesammelt (Urlaub ausgenommen & länger als 2 Wochen)? Dann nimm teil an dieser Umfrage des MOVE Projekts. Durchgeführt wird die Umfrage an der Universität Luxemburg im Projekt MOVE (<http://www.move-project.eu>).

★ **Methoden der Internationalen Jugendarbeit für Projekte mit Geflüchteten:** Internationale Jugendarbeit schafft bewusst Anlässe, bei denen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft über Grenzen hinweg treffen und kennenlernen. Aber auch innerhalb Deutschlands entstehen immer neue interkulturelle Begegnungsräume. Wie Methoden aus dem Internationalen bei uns in Projekten mit jungen Geflüchteten angewandt werden können und zu einem friedvollen, toleranten Miteinander beitragen, zeigt eine neue Arbeitshilfe des Projekts Netzwerk Kommune goes International. Mehr Infos: <https://www.ijab.de>

Sonderseite 6: Noch mehr Angebote

Viel los in Europa! Deshalb habe ich für Sie noch weitere Angebote auf Seite 6 aufbereitet:

Sicherheit geht vor

Ich begrüße die neuen Regeln der StVO: Mit den Änderungen in der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) ist es einfacher geworden, Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten und Altenheimen anzuordnen, die an Hauptverkehrsstraßen liegen. Bislang durften Straßenverkehrsbehörden dort nur dann Tempo 30 anordnen, wenn sie an bestimmten Stellen Unfallschwerpunkte nachweisen konnten. Die Novelle umfasst zudem genauere Vorgaben für Rettungsgassen auf Autobahnen und mehrspurigen Außerortsstraßen. Die StVO basiert zwar nicht auf europäischen Vorgaben, aber als Vizepräsident des Verkehrsausschusses des EU-Parlaments und Vorstandsmitglied des Europäischen Verkehrssicherheitsrates begrüße ich das neue Regelwerk sehr!

EU-Parlament verabschiedet „Notbremse“-Regelung

Die Visafreiheit für Nicht-EU-Bürger kann künftig schneller ausgesetzt werden. Und zwar dann, wenn die Zahl der Drittstaatsangehörigen, die sich irregulär in der EU aufhalten, plötzlich und erheblich steigt, oder wenn die Sicherheit der Bevölkerung bedroht ist. Entsprechende neue Vorschriften hat das EU-Parlament in seiner letzten Sitzung vor dem Jahreswechsel gebilligt. Die EU-Länder sowie die EU-Kommission können den Mechanismus zur Aussetzung der Befreiung von der Visumpflicht auslösen. Nach der Mitteilung des betreffenden Mitgliedstaats (oder einer einfachen Mehrheit der Mitgliedstaaten), oder auf der Grundlage ihres eigenen Berichts hat die Kommission einen Monat Zeit, um die Aufhebung der Visumbefreiung für einen Zeitraum von neun Monaten zu entscheiden. Diese Entscheidung greift automatisch.

Während dieser neun Monate sollte die EU-Kommission zusammen mit dem betroffenen Land versuchen, Lösungen bezüglich der Umstände zu finden, die zur Aufhebung geführt haben. Der Verordnungsentwurf muss noch formell vom Rat verabschiedet werden. Zwanzig Tage nach seiner Veröffentlichung im EU-Amtsblatt tritt er dann in Kraft.

ConAct: 15 Jahre Brücken zwischen Deutschland und Israel:

Ich gratuliere ConAct! Seit 15 Jahren bringt das Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch junge Menschen und Fachkräfte aus Israel und Deutschland zusammen und einander näher. Zum Jubiläum präsentiert eine Broschüre 15 Highlights aus 15 Jahren.

15 Jahre sind vergangen, seit ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch im Jahr

2001 seine Arbeit aufnahm. Der deutsch-israelische Jugendaustausch soll intensiv unterstützt und ausgeweitet werden – dies regte Bundespräsident Johannes Rau während seines Staatsbesuchs in Israel im Frühjahr 2000 an. IDamals wie heute verfolgen beide Büros zentrale Fragen: Wie können sich die Koordinierungszentren in das dichte Geflecht bestehender deutsch-israelischer Austauschprojekte sinnvoll einfügen? Wie können sie bestehende Lücken füllen, aktive Träger bestmöglich unterstützen und den deutsch-israelischen Jugendaustausch zukunftsorientiert weiterentwickeln und ausbauen? Auf der stetigen Suche nach Antworten auf diese Fragen entstanden vielfältige Projekte: Kooperationen wurden aufgebaut, Programmformate entwickelt und Themenschwerpunkte bearbeitet. In mehr als 150 bilateralen Fachveranstaltungen kamen rund 6.000 Verantwortliche deutsch-israelischer Austauschprogramme aus Deutschland und Israel auf Einladung von ConAct und der IYEA in beiden Ländern zusammen.

Anlässlich des Jubiläums ist eine komplett zweisprachige deutsch-hebräische Broschüre erschienen: „15 Jahre ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch in Kooperation mit der Israel Youth Exchange Authority. Highlights – Arbeitsprozesse – Perspektiven“. Es werden 15 Highlights aus der gemeinsamen Arbeit der letzten 15 Jahre präsentiert, deren Strahlkraft über den Moment hinaus für die deutsch-israelischen Jugendkontakte auch heute wirksam ist und damit richtungsweisend für die Arbeit in der Zukunft bleibt. Die Broschüre kann kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden.

Mehr Informationen: www.ConAct-org.de

Förderung für deutsch-polnische Bildungsprojekte beantragen

Bis 31. Januar 2017 kann man für deutsch-polnische Projekte im Bereich Bildung bei der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit Fördermittel beantragen.

Gefördert werden vor allem Projekte, die

* die Förderung der Qualität der bi- und multilateralen Beziehungen durch die Vertiefung von Wissen zu ausgewählten Themen unterstützen,

* Sprachkompetenzen und die Landeskunde des Nachbarlandes fördern,

* der beruflichen und fachspezifischen Weiterbildung dienen oder

* die kulturelle Bildung betreffen.

Informationen zur Antragstellung, Höhe der Zuschüsse und Kriterien für die Projektbewertung: <http://sdpz.org/zuschussantrage/laufende-ausschreibungen/ausschreibungsverfahren-im-bereich-bildung-L3WO0y>